

Beschlussvorlage Nr. 21/1064-BV

Der Stadtrat beschließt:

- 001** Der Bürgermeister wird aufgefordert, sich der Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten - Eine neue kommunale Initiative für stadtverträglichen Verkehr“ der für Mobilität und Stadtentwicklung zuständigen Beigeordneten, Bürgermeister:innen und Stadtbaurät:innen der Städte Freiburg, Leipzig, Aachen, Augsburg, Hannover, Münster und Ulm anzuschließen.
- 002** Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis zum Ende des 2. Quartals 2022 einen Bericht vorzulegen, in dem Zwischen- und Endergebnisse kommunaler Verkehrsversuche zu Tempo 30 vorgestellt sowie ergänzend weitere notwendige Maßnahmen im Stadtgebiet zum Erreichen der Ziele der Initiative beschrieben werden.

Begründung:

Eine lebenswerte Stadt kennzeichnet sich durch einen aufmerksamen und achtsamen Umgang miteinander aus. Dieser soll auch im Straßenverkehr gewährleistet sein. Neben einer rücksichtsvollen und vorrausschauenden Fahrweise kann auch eine Geschwindigkeitsreduzierung auf das Tempo 30 positive Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit haben. Das zeigt eine Studie des Umweltbundesamtes von 2016.¹

Doch auch andere Aspekte werden durch ein Herabsetzen des Tempos positiv beeinflusst. So konnte in der Mehrzahl der Untersuchungen die Verringerung der Lärmbelastung festgestellt werden. Außerdem kann, wenn es zu einer Verstetigung des Verkehrsflusses kommt, Tempo 30 die Schadstoffbelastung in der Luft reduzieren. In Anbetracht des immer noch großen Anteils des Straßenverkehrs an den CO₂-Emissionen sollte jede mögliche Begrenzung dessen begrüßt werden. Ebenso konnte die Untersuchung die häufige Sorge, die Funktionsfähigkeit einer Hauptverkehrsstraße zu beeinträchtigen, nicht bestätigen. Dies entspricht der Tatsache, dass die durchschnittliche Geschwindigkeit von Kraftfahrzeugen in Städten bei knapp unter 30 km/h liegt.

Im Rahmen einer kommunalen Initiative haben sich am 6. Juli 2021 die Baudezernenten von sieben deutschen Großstädte in einer Erklärung für mehr stadtverträglichen Verkehr durch angemessene und homogene Regelgeschwindigkeiten ausgesprochen. Diese Initiative wird vom Deutschen Städtetag mitgetragen und unterstützt. Die Städte fordern mehr Handlungsspielraum dafür, vor Ort das Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit anordnen zu können und fordern die Bundesregierung auf, hierfür zeitnah die nötigen rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen. Zugleich setzt sich die Initiative für ein vom Bund gefördertes und zentral evaluiertes Modellvorhaben ein. Somit stellt diese Initiative

¹https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/2546/publikationen/wirkungen_von_tempo_30_an_hauptstrassen.pdf

einen wichtigen Schritt auf dem Weg zu mehr Lebensqualität in deutschen Städten dar. Denn viel zu oft schränkt die Straßenverkehrsordnung den kommunalen Handlungsspielraum unverhältnismäßig ein. Wer, wenn nicht die Akteur*innen vor Ort, können am besten entscheiden, welche Geschwindigkeit an welchem Ort angemessen ist?